

Anträge an den Landesverbandstag 2019

Antrag Nr. 1 Betr.: Arbeitsprogramm/Kooperationen Antragsteller: Vorstand

Der Landesverbandstag möge beschließen:

Der DJV-Landesverband Thüringen vertritt die Interessen hauptberuflicher Journalistinnen und Journalisten, in dem er in den nächsten Jahren

- die tariflichen Arbeitsbedingungen beim Freien Wort/Südthüringer Zeitung, MDR und bei Antenne Thüringen weiterentwickelt und für die TA, OTZ und TLZ sowie die HCS Content GmbH Tarifverträge anstrebt.
- zielgruppengenaue Angebote zur beruflichen Weiterbildung von freien Journalistinnen und Journalisten unterbreitet, den sozialen Schutz von Freien verbessert, die Beratung bei allen mit der Berufsausübung im Zusammenhang stehenden Fragen sichert.
- seine Mitglieder rechtlich berät sowie deren außergerichtliche und gerichtliche Vertretung organisiert.
- durch Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben und Lobbyarbeit die Freiheit und Eigenständigkeit der Medien zu bewahren hilft und die Unabhängigkeit der journalistischen Arbeit sichert.
- mit den Betriebs- und Personalräten eng zusammenarbeitet, deren Schulung organisiert und DJV-Mitglieder für die Mitarbeit in den betrieblichen Interessenvertretungen motiviert.
- seine Mitglieder regelmäßig über Vorhaben und Ergebnisse der Gewerkschafts- und Verbandsarbeit sowie über Entwicklungen in der Medienbranche informiert.

Das genannte Aufgabenspektrum ist allein durch ehrenamtliche Tätigkeit nicht zu bewältigen. Deshalb wird ein/e hauptamtliche/r Geschäftsführerin/Geschäftsführer beschäftigt, die/der entsprechend den Vorstandsbeschlüssen für die inhaltliche Arbeit zuständig ist.

Der DJV-Landesverband Thüringen strebt Kooperationen zur Erledigung gemeinsamer inhaltlicher und Verwaltungsaufgaben mit anderen Landesverbänden an. Dazu ist eine gemeinsame IT-Struktur zur Betreuung der Mitglieder und für die Kommunikation untereinander erforderlich. Die Kooperation bei Verwaltungsaufgaben (Ausstellung Presseausweise, Datenpflege, Buchhaltung, Telefonservice) bedeutet damit nicht zwingend, das dafür erforderliche Personal an einem Ort zu konzentrieren.

Begründung:

Die Schwerpunktsetzung für die gewerkschaftliche und verbandspolitische Arbeit in den nächsten Jahren ist notwendig, um die zur Verfügung stehenden Ressourcen effizient nutzen zu können. Die Kontinuität bei der Abarbeitung des Aufgabenspektrums kann nur durch das enge Zusammenwirken von ehrenamtlich tätigen Gremien und hauptamtlich Beschäftigten vor Ort gewährleistet werden. Zugleich will der DJV Thüringen in Kooperation mit anderen Landesverbänden das Leistungsangebot des DJV sichern und damit die finanziellen und personellen Ressourcen effizienter nutzen.

Antrag Nr. 2

Betr.: Zukunft der Zeitungslandschaft / Sicherung der Arbeitsplätze bei der Mediengruppe Thüringen

Antragsteller: Vorstand

Der Landesverbandstag möge beschließen:

Die Stellenstreichungen der Funke Mediengruppe in Bayern, Berlin, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit ihrer Digitalisierungsstrategie lassen für Thüringen nichts Gutes erhoffen.

Deshalb fordert der Deutsche Journalisten-Verband, Landesverband Thüringen:

- Die Digitalisierung darf nicht zu einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen in den Redaktionen der drei Zeitungen der Mediengruppe Thüringen führen!
- Stattdessen muss die Lokalberichterstattung gestärkt werden – die Sparte, die nachweislich das höchste Leserinteresse hervorruft. Das geht nur, indem man in Personal investiert!
- So lange nicht eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet in Thüringen gewährleistet ist, muss die gedruckte Zeitung und deren Zustellung in ländlichen Gebieten erhalten bleiben, um nicht noch mehr Abonnenten zu verlieren!
- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Redaktionen der Mediengruppe Thüringen werden aufgerufen, sich zu organisieren – denn nur gemeinsam kann man sich weiteren Sparvorgaben aus Essen wirksam entgegenstellen!

Begründung:

Die Ankündigung der Funke Mediengruppe vom 7. Februar dieses Jahres, für die Blätter Thüringer Allgemeine, Thüringische Landeszeitung und Ostthüringer Zeitung Szenarien zu erarbeiten, „[...] wie eine Versorgung der Leserinnen und Leser in ländlichen Gebieten mit digitalen Angeboten gewährleistet werden [...]“ könne, hat nicht nur in Thüringen für Aufregung gesorgt. Eilends war man bemüht, die Meldung des MDR, in Thüringen werde es bald keine gedruckte Zeitung mehr geben, als „Fake-News“ hinzustellen. Dabei berichtete der MDR nur das, was der Geschäftsführer der Mediengruppe Thüringen, Michael Tallai, in einer Betriebsversammlung im Dezember vergangenen Jahres den Mitarbeitern verkündet hat: Er wolle weg vom Drucken und damit weg von der Zustellung.

Dass auch der Zeitungsjournalismus nicht um eine Digitalisierung herumkommt, ist unstrittig.

Die Ankündigung von Sparmaßnahmen durch die Funke-Mediengruppe steht exemplarisch für die Situation der Tageszeitungen. Das Geschäftsmodell funktioniert nicht mehr und der digitale Transformationsprozess ist mit Risiken behaftet. Insbesondere die Kostenlosmentalität von Nutzern steht der Absicht entgegen, mit der digitalen Verbreitung von journalistischen Inhalten mindestens so viel Geld zu verdienen, wie es derzeit noch mit dem Zeitungs-Abo möglich ist. Für die Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger ist die lokale und regionale Berichterstattung unerlässlich. Deshalb ist der Personalabbau in den Redaktionen nicht nur schädlich für das Geschäftsmodell, sondern auch für den gesellschaftlichen Auftrag, den Zeitungsverlage wahrzunehmen haben.

Dringlichkeitsantrag Nr. 1

Betr.: Keine Fotos von Polizei und Feuerwehr in den Medien

Antragsteller: Vorstand

Der Landesverbandstag möge beschließen:

Der DJV Thüringen fordert Polizei, Feuerwehren, Technisches Hilfswerk (THW) und andere Rettungskräfte auf, Redaktionen keine Fotos oder Videos von Einsätzen anzubieten. Solche Aufnahmen können lediglich der internen Dokumentation oder für Schulungszwecke dienen. Polizei und Feuerwehr dürfen jedoch nicht Eigen-PR als Pressearbeit darstellen. Mit ihren kostenlos angebotenen Fotos und Videosequenzen treten sie zugleich in unmittelbare Konkurrenz zu hauptberuflichen Journalistinnen und Journalisten.

Der Verbandstag fordert alle Redaktionen auf, von Polizei, Technischem Hilfswerk und anderen Hilfsorganisationen angebotene Bilder und Videos nicht zu publizieren. Stattdessen sollen hauptberufliche Fotojournalistinnen und Fotojournalisten beauftragt werden, die eine journalistisch und ethisch korrekte, unabhängige und von einer Außensicht getragene Berichterstattung garantieren.

Begründung:

In hiesigen Medien (Tageszeitungen, Fernsehen) werden immer häufiger Fotos von Bränden, Verkehrsunfällen oder anderen Notfalleinsätzen publiziert, die von der Polizei oder Feuerwehren stammen. Polizei und Feuerwehr dürfen nur im Rahmen gesetzlich zugewiesener Aufgaben handeln. Gefahrenabwehr und Strafverfolgung sind wesentliche Aufgaben der Polizei. Natürlich dürfen sie auch über ihre Arbeit informieren, allerdings nur in Form amtlicher Informationen. Aufgabe der journalistischen Medien ist, diese Informationen zu prüfen und als Ausgangspunkt für weitere Recherchen zu nutzen. Der Spardruck in den Redaktionen führt dazu, dass die kostenlosen Pressestellen-Angebote gern genommen und publiziert werden, hauptberuflichen Fotojournalistinnen und Fotojournalisten jedoch eine Einnahmequelle verloren geht.